

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10424, 16/10425 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD haben sich seit ihrem ersten gemeinsamen Haushalt im Jahr 2006 auf sehr guten konjunkturellen Bedingungen ausgeruht; nun wird mit der einsetzenden Krise der für das Jahr 2011 geplante Haushaltsausgleich auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Die Koalition war groß darin, ungebremst viel Geld auszugeben und schlecht darin, für schlechte Zeiten vorzusorgen. Verblindet durch den Wunsch und die Hoffnung auf eine stetig wachsende Wirtschaft und stetig wachsende Steuereinnahmen haben es der Bundesminister der Finanzen und die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD grob fahrlässig versäumt, den Haushalt über die letzten drei wirtschaftlich sehr starken Jahre wetterfest zu machen.

Die aufziehenden grauen Wolken wurden noch Mitte September 2008 vom Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, geleugnet – sechs Wochen danach hat der Hagel begonnen. Bei all den Rettungsschirmen, welche die Bundesregierung für Banken und den Finanzmarkt gespannt hat, hat sie keinen Schirm für den Bundeshaushalt aufgestellt und ist für die konjunkturellen Unwetter nicht gerüstet.

Mit 3 Prozent höherer Mehrwert- und Versicherungssteuer, gekürzter Pendlerpauschale und halbiertem Sparerfreibetrag nimmt der Bund 2009 fast 60 Mrd. Euro mehr Steuern ein als noch 2005.

Trotz dieser Rekordsteuereinnahmen sollten für den Bundeshaushalt 2009 auch im Entwurf von Juli 2008 ohne Finanzmarktkrise und Konjunkturpaket 10,5 Mrd. Euro Schulden aufgenommen werden, der aktuelle Beschluss sieht 18,5 Mrd. Euro vor. Das zeigt, dass die schwarz-rote Bundesregierung seit 2005 nur Schönwetterpolitik betrieben hat. Vorsorge für die schlechteren Zeiten wurde nicht getroffen. Das rächt sich nun in der Finanzkrise umso heftiger. Die schwarz-rote Schönwetterfinanzplanung war nicht für ein Abflauen der Kon-

junktur gewappnet. Dem Sturm der Finanzkrise kann sie überhaupt nicht standhalten.

Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2009 waren eine Farce. Seriöse und reflektierte Beratungen waren weder möglich noch waren sie seitens der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen gewollt. Schon der Haushaltsentwurf vom Juli 2008 war ein bühnenreifer Auftakt zum Bundestagswahlkampf 2009. Die gesamte damalige Planung zielte darauf ab, für das Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können, wohl wissend, dass allzu offensichtliche Risiken sehr zügig die auf tönernen Füßen stehende Finanzplanung zum Einsturz bringen können. Die Rechnungslegung für das Zahlenwerk kann erst nach dem Wahltermin zur nächsten Bundestagswahl stattfinden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der die aktuelle konjunkturelle Situation berücksichtigt und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber transparent und ehrlich ist. Anstatt aber nun in der ernsten Krise der Finanzmärkte und der drohenden Rezession einen ehrlichen Kassensturz zu machen und offen über alle bestehenden Risiken zu reden, haben die Koalitionsfraktionen den Schönwetterhaushalt vom Juli dieses Jahres nicht ausreichend angepasst. Immer noch wird der Eindruck vermittelt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nur geringe Schleifspuren im Haushalt 2009 und der Finanzplanung hinterlässt. In Wahrheit führt der bisherige leichtfertige Kurs, nämlich neue Einnahmen stets für neue Ausgaben zu verschleudern, scharf auf die Leitplanke zu.

Seit dem Kabinetttentwurf zum Haushalt hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen deutlich absenken müssen. Von den ursprünglich vorausgesagten 1,2 Prozent Wirtschaftswachstum für 2009 sind nur noch 0,2 Prozent übrig geblieben. Eine solche Eintrübung hat nicht nur auf der Einnahmenseite unmittelbare Auswirkungen in Form von Steuermindereinnahmen zur Folge, sondern ebenso direkt auf der Ausgabenseite in Form von Ausgabensteigerungen (bspw. beim Sozialtransfer). Die Haushaltsdaten selbst jedoch wurden nur marginal angepasst.

Besonders eklatant wird die haushaltspolitische Märchenstunde beim Haushaltstitel zum Arbeitslosengeld II und den damit verbundenen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft. Wie kann die Bundesregierung noch ernsthaft vertreten, dass die Kosten für das Arbeitslosengeld II von 21,7 Mrd. Euro in 2008 auf 18,1 Mrd. Euro in 2011 sinken werden? Dieser Ansatz kann nicht auf seriösen Prognosen beruhen. Die einzige Begründung hierfür außer dem offensichtlichen Kleinrechnen von dicken Ausgabenblöcken wären geheime Pläne der Bundesregierung zu drastischen Leistungskürzungen bei den Schwächsten der Gesellschaft. Ebenso völlig schleierhaft erscheint die für das Jahr 2011 geplante Globale Minderausgabe im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Höhe von 1 Mrd. Euro. Ursache hierfür ist die für das Jahr 2008 den Rentnern zugebilligte außerplanmäßige Rentenerhöhung; die Finanzierung jedoch wurde auf die Zukunft ins Jahr 2011 verschoben.

Zwei weitere große Risiken sind im Haushalt 2009 und in der Finanzplanung nicht berücksichtigt: Das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Entfernungspauschale und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, spätestens ab dem Jahr 2010 die steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen zu gewährleisten. Allein durch diese beiden Kostenblöcke werden auf den Bundeshaushalt pro Jahr Ausgabensteigerungen von weit über 10 Mrd. Euro zukommen. Hiervon wollen die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen aber nichts wissen.

Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2009 beträgt 18,5 Mrd. Euro. Dies ist eine Steigerung um 8 Mrd. Euro gegenüber dem laufenden Jahr 2008 – eine Steige-

rung um 76 Prozent bei einer gleichzeitigen Steigerung der geschätzten Steuereinnahmen von 238,6 Mrd. Euro in 2008 auf 244,1 Mrd. Euro in 2009, eine Steigerung um 5,5 Mrd. Euro. Der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, versucht, die dramatische Erhöhung der Neuverschuldung mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu entschuldigen. Dies ist unlauter, da die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen auch heute noch tragfähige Bemühungen zur Berücksichtigung dieser Krise vermissen lassen. Es ist kein ernsthafter Ansatz solider Haushaltspolitik, die Zügel in schwierigen Zeiten ein wenig zu lockern. Nötig wäre eine klare Strategie der Krisenbekämpfung verbunden mit der qualitativen Konsolidierung des Haushalts.

Das Zahlenwerk gestaltet sich wie folgt:

Haushalt 2009 und Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012 (Angaben in Mrd. Euro)						
	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	270,4	283,2	290,0	292,4	295,2	300,6
v. H. ggü. Vorjahr	3,6	4,7	2,4	1,4	1,0	1,8
Einnahmen	270,4	283,2	290,0	292,4	295,2	300,6
Steuereinnahmen	230,0	238,6	244,1	255,4	266,3	276,0
Sonstige Einnahmen	26,0	33,3	27,4	31,0	28,9	24,6
– davon						
Privatisierungserlöse	4,5	10,7	2,0	6,5	4,6	1,7
Nettokreditaufnahme	14,3	11,9	18,5	6,0	0,0	0,0
Ausgaben für Investitionen	26,2	24,7	27,2	25,9	25,5	25,3

Die zu erwartenden Kosten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes werden nicht transparent gemacht, sondern in einem sog. Sondervermögen des Bundes versteckt. Die Bundesregierung rechnet mit Bürgschaftsausfällen von 20 Mrd. Euro. Dazu kommen die Kosten für Eigenkapitalmaßnahmen, für die 80 Mrd. Euro für die nächsten drei Jahre vorgesehen sind.

Ein Haushalt und Finanzplan, welcher ehrlich und transparent ist, sähe so aus:

Finanzplan 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung der Finanz- und Wirtschaftskrise				
Saldo Einnahmen und Ausgaben/Nettokreditaufnahme				
	2009	2010	2011	2012
Haushalt 2009/Finanzplan				
Einnahmen	271,5	286,4	295,2	300,6
Ausgaben	290,0	292,4	295,2	300,6
Formale Nettokreditaufnahme (offiziell)	18,5	6,0	0	0
zzgl. Finanzierungslücken und Risiken	16,0	13,5	13,5	8,5
zzgl. Abschwächung Wirtschaftswachstum	10,0	6,7	3,3	0,0
Summe: ehrlicher Haushalt	44,5	26,2	16,8	8,5

Leitbild nachhaltige Entwicklung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Überzeugung, dass auch in der Haushalts- und Finanzpolitik das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gelten muss. Dies muss sich konkret in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des Bundeshaushalts widerspiegeln. Wichtige Zukunftsaufgaben müssen finanziert werden, gleichzeitig aber müssen die Gesamtausgaben maßvoll bleiben. Das Ziel der Politik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die natürliche Lebensgrundlage zu erhalten, zukünftigen Generationen durch Bildung und Forschung Perspektiven zu eröffnen, Teilhabegerechtigkeit sicherzustellen, das Armutsrisiko von Kindern zu verbessern und durch eine bessere Entwicklungszusammenarbeit internationale Ungerechtigkeiten abzubauen.

Eine nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet aber auch, dass wir den kommenden Generationen einen ausreichenden finanziellen Gestaltungsspielraum vererben. Zu kritisieren ist also, dass geplante notwendige Vorhaben der Bundesregierung nicht solide gegenfinanziert sind, sondern einfach nur oben auf den bestehenden Ausgabenberg aufgesattelt werden. Der Haushalt 2009 leistet kaum etwas zur Frage des Subventionsabbaus. Dies kann nicht mit der Finanzkrise entschuldigt werden. Qualitative Konsolidierung ist auch in Krisenzeiten möglich und nötig. Milliardensummen (mittelfristig bis zu 12 Mrd. Euro pro Jahr) lassen sich durch Streichung umweltschädlicher Subventionen erzielen. Der 21. Subventionsbericht macht deutlich, dass es der Bundesregierung erheblich an Mut mangelt, überflüssige und klimaschädliche Subventionen abzubauen. Mit einem konsequenten Abbau milliardenteurer Ausnahmen bei der Ökosteuer, zumeist für die Großindustrie, könnte nicht nur der Haushaltsausgleich weitaus zügiger erreicht werden, als die Bundesregierung dies plant, sondern könnten auch wichtige Impulse für Klimaschutz und Schaffung neuer zukunftsfester Arbeitsplätze entstehen. Beispielhaft an dieser Stelle sind die Subventionen im Flug- und Autoverkehr in Höhe von rd. 1,7 Mrd. Euro pro Jahr zu nennen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Um den Bundeshaushalt zu konsolidieren und für kommende Generationen zukunftsfest zu gestalten, ist eine konsistente und nachhaltige haushaltspolitische Strategie notwendig. Das strukturelle Defizit kann nur durch eine konsequente qualitative Konsolidierung überwunden werden, indem bei den Ausgaben Zukunftsaufgaben Priorität bekommen und die Einnahmen durch die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen, Umgehungsmöglichkeiten und Sondernormen stabilisiert werden.

Eine nachhaltige Haushaltspolitik muss in wirtschaftlich guten Zeiten Überschüsse erwirtschaften, um dann in konjunkturell schwierigen Zeiten Schulden aufnehmen zu können. So kann eine konjunkturgerechte Steuerung der Haushalte mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte verfolgt werden. Dieser Grundsatz muss in einem Zukunftshaushaltsgesetz verbindlich gerade jetzt in der beginnenden Krise festgelegt werden.

Zur Erreichung des Ziels von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit gehört daneben gleichermaßen, Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, in Bildung und Forschung, Kinderbetreuung, Teilhabegerechtigkeit und in der Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren. Das diffuse und blinde Konjunkturprogramm der Bundesregierung kann dies nicht leisten. Nur ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm kann die drängenden Probleme, wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit, bekämpfen. Dies ist politisch zwingend und wenn man es richtig macht, sichert und schafft es Arbeitsplätze. Die ökologische Modernisierung im Kampf gegen die Klimakatastrophe

senkt die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik. Investitionen in Bildung sind sozial gerecht und machen uns als Innovationsland attraktiv. Und die Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft ist ein moralisches Gebot und wirkt in Bezug auf die Konjunktur.

Ein Großteil der vorgezogenen Investitionen kann aus Einsparungen bzw. durch Subventionsabbau finanziert werden. Zudem können Mittel aus dem Emissionshandel verwendet werden. Überschüssige Beträge des Solidaritätszuschlages sind in einen sog. Bildungssoli zur Finanzierung von Bildungsausgaben umzuwandeln. Nachhaltige Investitionspolitik spart an den richtigen Stellen, schichtet klug um und vermeidet durch vorgezogene Investitionen Folgekosten.

Eine solche auf Konsolidierung und Zukunftsinvestition ausgerichtete Haushaltspolitik bedeutet, Deutschland fit für morgen zu machen. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu diesen Zielen und richtet das Haushaltsgesetz 2009 an nachfolgenden Maßnahmenpaketen aus.

Wesentliche Vorschläge zur Konsolidierung und Gestaltung des Haushaltes 2009

Maßnahmen	Belastung/ Entlastung
Zusätzliche Ausgaben (Auswahl)	
Klimaschutz	7 500 Mio. Euro
Erhöhung der Regelsätze ALG II auf 420 Euro	4 079 Mio. Euro
Anpassung der Kosten der Unterkunft	1 010 Mio. Euro
Verstärkte Investitionen im Bildungsbereich (langfristig teilweise durch überschüssige Mittel aus dem Solidaritätszuschlag finanziert – „Bildungssoli“)	664 Mio. Euro 6 250 Mio. Euro
Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfeszusammenarbeit	361 Mio. Euro

Zusätzliche Einnahmen bzw. Minderausgaben (Auswahl)

Subventionsabbau davon:	7 000 Mio. Euro
– Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle (615 Mio. Euro)	
– Abbau Steuervergünstigungen für den Luft- und Autoverkehr (1 700 Mio. Euro)	
– Abbau Ausnahmen von der Ökosteuer (1 367 Mio. Euro)	
Einführung einer Ticket-Tax	450 Mio. Euro
Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent	1 000 Mio. Euro
Kürzung von Rüstungsprojekten, die nicht zukünftigen Einsatzszenarien entsprechen	1 850 Mio. Euro

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

